

<p>Fragestunde gemäß § 48 der Geschäftsordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. Juni 2017</p>

Alte Fragen

<p>Nr. 71</p>	<p>Mechthilde Coignè L&P</p> <p>Dez. I z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 61</p> <p>Beantwortung am 29.06.2017</p>	<p>Von welchem Raumbedarf mit wieviel m² wird bei der Planung für das neue Bürgerhaus in Kostheim ausgegangen? Wie viele Räume mit wieviel m² jeweils stehen in den Bürgerhäusern in Kostheim und Kastel gegenwärtig zur Verfügung? Welche Einrichtungen sollen im neuen Bürgerhaus Platz finden? Wie haben sich diese Einrichtungen hierzu geäußert? Wann wird der nächste Planungsschritt der Bürgerschaft und den Ortsbeiräten zur Diskussion gestellt? Wie sind aktueller Sachstand und Zeitplan hinsichtlich des Grunderwerbs und der Bauplanung für das gemeinsame Bürgerhaus?</p>
<p>Nr. 62</p>	<p>Andrea Lohrmann FDP</p> <p>Dez. I z.w.V.</p> <p>Beantwortung am 29.06.2017</p>	<p>Die Frauenbeauftragte der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie Vertreter der LSBT*IQ-Community traten an die Fraktionen mit dem Anliegen heran, eine Koordinierungsstelle in der Stadtverwaltung aufzubauen, die als Schnittstelle zwischen Verwaltung und LSBT*IQ-Community dienen soll.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ist das Thema bereits an den Magistrat herangetragen worden? 2. Befürwortet der Magistrat die Einrichtung einer solchen Koordinierungsstelle grundsätzlich? 3. Wie kann aus Sicht des Magistrates eine solche Koordinierungsstelle im Rathaus implementiert werden? 4. Welche Erwartungen hat der Magistrat an eine solche Koordinierungsstelle?

Neue Fragen

<p>Nr. 63</p>	<p>Thomas Preinl LKR&ULW</p> <p>Dez. VI z.w.V.</p> <p>Beantwortung am 29.06.2017</p>	<p>Die Stadt soll eine Kapitaleinlage von 408.000€ in die TriWiCon leisten zur Kompensation von geschätzten 830.412€ von Steuernachzahlungen bei der Wiesbaden Marketing GmbH über die Jahre 2010-2017. Steuerberater sollen nun das Zahlungsrisiko minimieren.</p> <p>Ich frage den Magistrat: Wie kam es zu der irrtümlichen Annahme der Umsatzsteuerbefreiung, wer war daran beteiligt und hat diesen Irrtum zu verantworten? Welche politischen Konsequenzen werden daraus gezogen? Wie stellt der Magistrat sicher, daß sich solche Probleme nicht auch bei anderen städtischen Gesellschaften wiederholen?</p>
<p>Nr. 64</p>	<p>Frage wurde zurückgezogen</p>	
<p>Nr. 66</p>	<p>Erika Müller AfD</p> <p>Dez. I z.w.V.</p> <p>Beantwortung am 29.06.2017</p>	<p>In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 18. Mai 2017 sicherte Herr Oberbürgermeister Sven Gerich eine zeitnahe Ausschreibung und Besetzung der vakanten Stelle des Revisionsamtsleiters zu.</p> <p>Ich frage den Magistrat daher:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Maßnahmen wurden bislang zur Besetzung der Stelle getroffen? 2. Gibt es einen konkreten Termin für die Ausschreibung der Stelle?
<p>Nr. 67</p>	<p>Sarah Weinerth CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p> <p>Beantwortung am 29.06.2017</p>	<p>In Maßen kann Straßenmusik zu einer positiven Atmosphäre in der Fußgängerzone beitragen, wovon Fußgänger und Ladenbetreiber gleichermaßen profitieren; entspannt lässt es sich besser einkaufen, verkaufen oder einfach nur flanieren. Eine Belastung für die Nerven und Gesundheit ist sie immer dann, wenn sie in Form einer Dauerbeschallung auftritt. Insbesondere an den stark frequentierten Wochenenden scheint die Straßenmusik in Wiesbaden omnipräsent. Eingesetzt werden die Stimme, Schlaginstrumente, Konzertflügel und vieles mehr. Da nutzt es auch nicht, wenn Musiker nach einer bestimmten Zeit den Standort wechseln müssen. Häufig stehen die Nachfolger bereits wartend um die Ecke.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie viele Beschwerden gegen Straßenmusiker sind in 2016 bei der Stadt eingegangen? Welcher Art waren diese Beschwerden? 2. Wie gedenkt der Magistrat die teilweise unverhältnismäßig laute und durchgehende Beschallung mit Straßenmusik in den Griff zu bekommen?

<p>Nr. 68</p>	<p>Nicole Röck-Knüttel CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p> <p>Beantwortung am 29.06.2017</p>	<p>Im Kooperationsvertrag ist festgehalten, dass der Außendienst des Umweltamtes um zwei Personalstellen verstärkt wird, um wirksamer Obstdiebstähle, illegale Wegenutzung, Verunreinigungen durch Hundekot etc. zu unterbinden. Die Obsternte ist in vollem Gange, daher ist eine zügige Besetzung der Stellen angebracht. Eine Ausschreibung erst nach der Ernte ist in Bezug auf den Obstdiebstahl nicht zielführend.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wurden die Stellen schon besetzt? 2. Wenn ja, seit wann sind sie besetzt und in welchen Stadtteilen waren die Mitarbeiter zu welchem Zweck unterwegs? 3. Wenn nein, warum sind die Stellen noch nicht besetzt und wann werden sie besetzt?
<p>Nr. 75</p>	<p>Anita Hebenstreit SPD</p> <p>Dez. VII z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 69</p> <p>Beantwortung am 29.06.2017</p>	<p>Einer Pressemitteilung des Pressereferates der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 18. Februar 2016 war zu entnehmen, dass vermehrt Ratten im Stadtgebiet gesichtet wurden und entsprechende Hinweise an das Ordnungsamt mit der Bitte um weitere Veranlassung gerichtet wurden.</p> <p>Nach den gesetzlichen Vorgaben der Schädlingsbekämpfungsverordnung ist jeder Grundstückseigentümer verpflichtet, einschlägige Maßnahmen zur Schädlingsbekämpfung einzuleiten. Dies sollte jedoch erst nach der gesetzlich vorgeschriebenen Meldung an das Ordnungsamt erfolgen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie oft wurde das zuständige Dezernat in 2016 und 2017 zu diesem Thema von Bürgerinnen und Bürgern über entsprechende Beobachtungen informiert? 2. Gab bzw. gibt es Stadtteile, die besonders betroffen waren? 3. Welche Maßnahmen wurden in welcher Häufigkeit 2016 und 2017 auf städtischen Flächen durchgeführt? 4. Wie sieht die aktuelle Situation in Wiesbaden aus (private und öffentliche Flächen)?
<p>Nr. 70</p>	<p>Hendrik Schmehl SPD</p> <p>Dez. III z.w.V.</p> <p>Schriftliche Beantwortung</p>	<p>Aktuell ist das Haus- und Gewerbeobjekt „Schlääferskopf“ zu dem auch der Kaiser-Wilhelm-Turm gehört, auf der Seite „Zwangsversteigerung.de“ zum Verkauf angeboten.</p> <p>Der Magistrat hatte in der Sitzung vom 14. Juli 2016 auf die Frage nach der Zugänglichkeit des Kaiser-Wilhelm-Turms eine Öffnung für die 27. Kalenderwoche 2016 angekündigt und diese von einer mit dem dort ansässigen Gewerbebetrieb zu schließenden Vereinbarung abhängig gemacht.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p>

		<ol style="list-style-type: none"> 1. Ist dem Magistrat bekannt, dass das sich das Gebäude im Zwangsversteigerungsverfahren befindet? 2. Ab welchem Zeitpunkt war der Kaiser-Wilhelm-Turm in 2016 der Öffentlichkeit zugänglich? 3. Ist die öffentliche Zugänglichkeit des Turms aufgrund des Zwangsversteigerungsverfahrens aktuell gewährleistet? 4. Wenn nicht, wie lange wird es dauern, bis der Aussichtsturm der Öffentlichkeit wieder zur Verfügung steht? 5. Zu welchem Zeitpunkt wird das Zwangsversteigerungsverfahren abgeschlossen sein?
Nr. 61	<p>Jörg Sobek L&P</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 71</p> <p>Schriftliche Beantwortung</p>	<p>Die LHW ist nicht nur bedeutender Vermieter, sondern auch Mieter. Vertragspartner sind städtische Beteiligungen, aber auch Dritte. Bisweilen entstehen kuriose Dreiecksbeziehungen, z.B. bei Generalvermietung und Teilrückmietung städtischer Gebäude zu höherer Miete.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie viele Mietverträge unterhält die LHW als Mieter von Wohn- bzw. Gewerberäumen? 2. In welcher Höhe fallen dafür Mietkosten an? 3. Wie viele Verträge bestehen mit städtischen Beteiligungen, wie viele mit Dritten? 4. In welchem Umfang werden kommunale Liegenschaften an Generalmieter vermietet? Wie viele m² werden wieder zurückgemietet? Wie hoch ist die Differenz pro m² zwischen beiden Mieten? 5. Wie viele m² stehen derzeit in stadteigenen bzw. angemieteten Gewerberäumen leer? 6. Inwieweit gibt es Vorgaben zur vorrangigen Anmietung städtischer Liegenschaften? 7. Wie ist die Zuständigkeit für Anmietung von Wohn- bzw. Gewerberäumen geregelt? 8. Gibt es eigene AGBs, oder wird jeder Vertrag einzeln ausgehandelt?
Nr. 72	<p>Christian Bachmann FW/BLW</p> <p>Dez. V z.w.V.</p> <p>Beantwortung am 14.09.2017</p>	<p>In einigen Städten können Carsharing-Fahrzeuge auf öffentlichen Parkplätzen im Rahmen von Park-Verträgen (Sondertarife oder Pauschalabgeltungen) abgestellt werden. Für die Attraktivität sind einfache und vielfältige Abstellmöglichkeiten aufgrund der Tauschsystematik wichtig. Ohne Privilegierung von Carsharing-Fahrzeuge verschärft sich der Parkdruck im öffentlichen Raum.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie bewertet der Magistrat die rechtlichen Rahmenbedingungen einer Parkflächen-Privilegierung des Carsharings im Rahmen der StVO, wo besteht ggf. eine solche Regelung bereits und wo ist sie ggf. geplant? 2. Mit welchen Carsharing-Unternehmen hat die Stadt Parkverträge und wie hoch sind die Einnahmen?

		<p>3. Wie bewertet der Magistrat die Auswirkungen des Carsharings in Wiesbaden auf den Parkdruck im öffentlichen Raum?</p> <p>4. Wie beurteilt der Magistrat die langfristige Entwicklung des Carsharings?</p>
Nr. 73	<p>Hartmut Bohrer L&P</p> <p>Dez.VI z.w.V.</p> <p>Beantwortung am 29.06.2017</p>	<p>Am 16.6.17 war in der Presse zu lesen, dass GOP-Geschäftsführer Olaf Stegmann zur mehrfach angekündigten, aber nicht erfolgten, Vorstellung der GOP-Planung zur Nutzung des Walhalla erklärte: "Wir haben nie einen Termin ausgemacht, bestätigt oder gewünscht." Und: "Wenn die 50000 € (Miete) monatlich wahr sind...dann brauchen wir gar nicht mehr weiter darüber sprechen."</p> <p>Wie erklärt der Magistrat die Tatsache, dass mehrfach die Vorstellung der GOP-Planung auf der TO des Kulturausschusses stand, dann aber nicht erfolgte?</p> <p>Wie beurteilt der Magistrat die Tatsache, dass SEG-Geschäftsführer Andreas Guntrum immer wieder gerade unter finanziellen Gesichtspunkten für GOP warb, wenn diese gar nicht in der Lage ist, die angesichts der Sanierungskosten genannte Monatsmiete von 50000 € zu zahlen?</p> <p>Was hat Walhalla Studio Wiesbaden, deren Planung im Ausschuss vorgestellt wurde, zur Miethöhe erklärt?</p>
Nr. 74	<p>Brigitte Forßbohm L&P</p> <p>Dez. II z.w.V.</p> <p>Schriftliche Beantwortung</p>	<p>Der Wiesbadener Sozialatlas 2014 weist den Bereich „Biebrich-alt, Gibb, Kalle“ als Stadtteil mit hoher sozialer Bedarfslage aus.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie viele Mietwohnungen im o. g. Bereich sind Eigentum städtischer Wohnbaugesellschaften (WG)? 2. Wie hoch ist dort der Anteil öffentlich geförderter Wohnungen insgesamt? 3. Wie viele geförderte Wohnungen sind dort seit 2010 aus der Mietpreisbindung gefallen und wie viele werden bis 2020 herausfallen? 4. Gibt es Fälle, in denen die Bindungsfrist verlängert wurde? 5. Wie viele davon sind im Besitz städtischer WG? 6. Wie viele Wohnungen im o. g. Bereich wurden seit 2010 in Eigentumswohnungen umgewandelt? 7. Planen die städtischen WG dort umfassende Modernisierungen? 8. Wie viele Neubauten sind seit 2010 entstanden und wie hoch ist der Anteil öffentlich geförderter Wohnungen daran? 9. Welche Bindungsfristen sind geplant? 10. Wie viele Personen aus diesem Bereich sind beim kommunalen Wohnungsservice wohnungssuchend gemeldet?

<p>Nr. 65</p>	<p>Peter Schulz AfD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p> <p>Beantwortung am 29.06.2017</p>	<p>An dem als Motorradstellplatz ausgewiesenen Parkplatz Friedrichstraße/Bahnhofstraße wurden, trotz der Zusicherung des Magistrats, bislang keine Maßnahmen ergriffen worden, die den unübersichtlichen Zustand beenden.</p> <p>Ich frage den Magistrat daher:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Maßnahmen sollen konkret unternommen werden? 2. Wann ist mit der Durchführung dieser Maßnahmen zu rechnen?
<p>Nr. 69</p>	<p>Michaela Apel SPD</p> <p>Dez. VI z.w.V.</p> <p>getauscht mit Frage Nr. 75</p> <p>Beantwortung am 14.09.2017</p>	<p>Am 9. September 2017 ist das internationale Sommerfest geplant. In der Vergangenheit hatte es zu der Frage, wer der offizielle Veranstalter dieses Festes ist und wie sich dementsprechend Haftungsfragen usw. gestalten ein Rechtsgutachten gegeben, dass in den Geschäftsgang der Stadtverordnetenversammlung gegeben worden ist.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Schlüsse hat der Magistrat aus dem Rechtsgutachten bzgl. der Durchführung und Organisation des internationalen Sommerfestes gezogen? 2. Auf welcher Rechtsgrundlage werden von den Standbetreibern des Internationalen Sommerfestes auch in diesem Jahr Standgebühren erhoben?